

Internationale Ärzte für
die Verhütung des Atomkrieges,
Ärzte in sozialer
Verantwortung e.V.

Weltkongress 2010
Universität Basel – Schweiz

26. – 30. August 2010

Geweihtes Land ... Vergiftete Gedächtnisse

Punit Minj

Adivasi-Vertreter aus Indien

DAE ist Gott¹

Im September 1992 stand einer unserer Kollegen beim Welt-Uran-Verhandlung and der WUH Salzburg auf, um der Welt die Geschichte ‚For whom the bells do not toll‘ zu erzählen. Zu diesem Zeitpunkt wusste die Mehrzahl von uns Adivasi nicht, welche Auswirkungen der Uranbergbau auf unser Land, auf unsere Kultur/Gesellschaft haben wird. Die aufkommende Friedensdebatte in Indien beschäftigte sich, wie anderswo auch auf der Welt, nur mit Fragen der Nutzung der Atomenergie und der Atombombe. Da Uranabbau nicht dort betrieben wird, wo diese Diskussion hauptsächlich geführt wird, wurden wir Ureinwohner, unter deren Land 80 % des weltweiten Uranvorkommens liegen, in den öffentlichen Debatten kaum beachtet.

Der Uranabbau in Indien ist Staatsmonopol und untersteht direkt der Behörde für Atomenergie (DAE). Diese Behörde ist die mächtigste Behörde aller indischen staatlichen Einrichtungen. Sie ist dem Parlament keine Rechenschaft schuldig und all ihre Aktivitäten stehen unter dem Official Secrecy Act 1923.

Indien ist ein Land der vielen Götter, von denen jeder einzelne ein Produkt tausend Jahre alter Mythen und soziopolitischer Konflikte ist. Nach dem ersten Atomtest Indiens am 18. Mai 1974 hat die DAE ihren Platz in der Ruhmeshalle der Götter gefunden. Heutzutage verehren viele indische Atheisten die DAE als einen Gott.

DAE war ein schlüsselfertiges Projekt der ehemaligen Sowjetunion. Neben der Technologie, die sie erhielt, waren auch die Sicherheitsvorkehrungen ähnlich wie die in der Industrie in der ehemaligen UdSSR. Auch die Unternehmensführung, sowie die Beziehungen zwischen Firma und Staat ähnelten sich. Da die Uranindustrie in der UdSSR soviel Macht besaß, konnte sie sich wie eine souveräne Kraft verhalten. Diese eigenständige, nicht haftbare Unternehmenskultur und ihre dazugehörige Macht kennzeichnet auch die DAE. Wir nennen dir DAE daher unseren ‚Indischen Zar‘.

¹ Ich möchte meinen Dank Arjun Samad und dem Kader der JOSH, sowie Herrn Xavier Dias für ihren Input danken, um dieses Paper fertig stellen zu können.

In den letzten 20 Jahren haben wir Adivasi in Jharkhand die DAE herausgefordert. Angefangen von Landrechten bis zu radioaktiver Verseuchung haben wir viele Mythen aufgedeckt, die mit ihr in Verbindung standen. All jene, die die Macht einer eigenständigen Nuklearbehörde erahnen können, die eng mit dem Verteidigungsapparat eines Landes verbunden ist, werden die gigantische Herausforderung verstehen, der wir gegenüberstehen. Es ist nicht einfach, kritisch eine Institution zu begleiten, die so machtvoll auftritt und sich der Unterstützung der breiten Bevölkerung sicher sein kann. Wir Adivasi aus Indien können heute mit Stolz sagen, dass wir nicht nur gegen die DAE angetreten sind, sondern auch öffentlich darstellen konnten, wie problematisch diese Industrie ist:

- Als eine Industrie, die die weltweit unsichersten Uranminen betreibt – ohne jegliche Sicherheitsstandards.
- Die ethnische und Kasten-Minderheiten benutzt, um sie in den gefährlichsten Gebieten der Minen arbeiten zu lassen. Dort ist man der höchsten Strahlung ausgesetzt, 90 % der Arbeiter im Berg- und Walzwerk sind Adivasi und Dalit.
- Die Uranminen direkt neben unserer Dörfern errichtet, so dass sich Radon in unseren Häusern absetzt.
- Die ihre radioaktiven Dämme auf unseren Reisfeldern baut – ohne jegliche Sicherheitsstandards. Das Grundwasser ist auf einem Gebiet von mehreren hundert Meilen radioaktiv verseucht.²
- Die den beim Bergbau anfallenden Abraum benutzt, um mit diesem radioaktiven Gestein Straßen, Häuser und Schulen zu bauen.
- Wir enttarnten sie als moralisch sowie ethisch tote Firma.

Das Verhalten der DAE gegenüber uns Adivasi ist vergleichbar mit dem des rassistischen früheren Apartheidregimes in Südafrika.

² Beim WUH erzählte ein ehemaliger sowjetischer Nuklearwissenschaftler einem unserer Mitarbeiter, dass er einer der Ingenieure war, die die Jadugora Uranminen entwickelt haben. Damals warnte er die Behörden, dass die radioaktiven Dämme mit einem zementierten Betonbett gebaut werden müssen, um eine Versickerung radioaktiv verseuchter Stoffe zu verhindern. Er sagte, dies könne das Grundwasser meilenweit verschmutzen.

Wir haben diesen Neu-Gott als Land-Enteigner, als Institution des Betrugs und Rassismus enttarnt; sie steht stellvertretend für eine große Mehrheit der indischen Gesellschaft, die uns Adivasi und unseren kastenlosen Verwandten nur Verachtung gegenüber empfindet.

Offiziell stellen wir Adivasi 8,5 % der indischen Bevölkerung. Aber inoffiziell sind wir doppelt so viele Menschen, also mehr als 200 Millionen Personen.

I-NIC.

Die Errichtung des Indischen Atomindustrie-Komplexes

Wir beginnen unsere Geschichte vor 20 Jahren, die heute als die ‚Jadugora-Geschichte‘ bekannt ist. Zu dieser Zeit gab es nur zwei Uranminen in Jadugora und Batin, die dritte in Narwarpahar befand sich im Bau. Alle wurden von der UCIL betrieben.³ Heutzutage ist die Jadugora Mine Geschichte. Dort wird nicht mehr kommerziell Uran abgebaut. Aus ihr hervorgegangen ist ein gewaltiges Projekt der indischen Nuklearindustrie, das unsere Organisation JMAAC (Jharkhand Mines Area Coordination Committee, www.firstpeoplesfirst.in) den ‚Indian Nuclear Industrial Complex I-NIC‘ nennt.

Der Erweiterungsplan der kleinen Jadugora Mine zum I-NIC ist von den meisten Menschen nicht bemerkt worden, sodass nur wir – die Opfer des Uranabbaus – das ganze Ausmaß des Projekts und seiner Folgen überblicken. Während der letzten 20 Jahre hat die DAE in unseren Dörfern und auf unseren Reisfeldern massiv Land enteignet. Auf diesem geraubten Land wird im großen Stil gebaut und wird Uran gefördert. Uns wurde niemals mitgeteilt, warum uns unser Land genommen wurde oder welche Auswirkungen dies auf unsere Gesundheit und Kultur hat. Die folgenden Daten zeigen die aktuellen Projekte (2010).⁴

³ UCIL = Uranium Corporation of India Ltd. UCIL ist ein Unternehmen der DAE. Es besitzt das Monopol auf Uranabbau.

⁴ Quelle: Alle Daten dieses Berichts wurden von B.I.R.S.A. Mines Monitoring Centre in Zusammenarbeit mit JOSH gesammelt.

Tabelle Nr. 1 ⁵

I-NIC Vorhaben

Name	Art von Projekt	Aktueller Status
Jadugora	Uranmine / Gemeinde und Zentral	
Jadugora	Uranwalzwerk / Yellowcakeproduktion	Alte Anlage modernisiert and funktionsfähig
Batin	Uranmine	Untertagebau / geschlossen aber Wiedereröffnung in Erwägung gezogen
Nawarpahar	Uranmine	Untertagebau / gefangene Gemeinde
Turamdih	Uranmine	Untertagebau
Turamdih	Uran Walzwerk	Neue Anlage in Turamdih zur Bearbeitung des Materials der Turamdih und Banduhurang Minen
Mohuldih	Uranmine	Untertagebau
Banduhurang	Uranmine	Tagebau
Bagjata	Uranmine	Untertagebau
DAE	Regionalbüro	permanente Einrichtung
Rapid Action force	Spezielle Delta Truppe	permanente Einrichtung
Central reserve Police Force	Überwachung und Informationsbeschaffung. Auch Eindringen in zivilgesellschaftliche Organisationen	permanente Einrichtung
Central Industrial Security Force	Alltagssicherheit für den gesamten Komplex	permanente Einrichtung

⁵ Die Daten in allen fünf folgenden Tabellen wurden von B.I.R.S.A. Mines Monitoring Centre in Zusammenarbeit mit JOSH gesammelt. Bitte geben sie die Quelle an, wenn Sie die Daten veröffentlichen.

Die folgenden Daten geben einen Einblick und eine Idee über den Ausmaß der Landenteignung und trügerische Entschädigungszahlungen für einige Projekte

Tabelle Nr. 2

Das Turamdih Uranminen Projekt

Name des planierten Dorfes	enteignetes Land in hektar	Status	Heimstätte
Nandup	87,6 ha	Nach Angaben der Verwaltung wurden 26 Häuser planiert, laut Bewohnern 80 Häuser. Diesen 26 Bewohnern wurden neue Häuser bereitgestellt, aber sie verweigerten den Einzug da diese viel zu klein sind. Elektrizität und Wasser wurden nicht bereitgestellt	Die Häuser waren 300 m von den Minen entfernt
Nandup (A)	4,8 ha	Offiziell: 13 Häuser planiert, laut Bewohnern aber 30. 13 neue Häuser wurden bereitgestellt, aber der Einzug wurde von den Bewohnern verweigert, weil die Häuser zu klein für die Familien waren. Wieder wurde kein Wasser und keine Elektrizität bereitgestellt.	
Purisa (A) Purisa	8 ha 10,1 ha	Neben 8 ha wurden weitere 3 ha illegal genommen. Diese 3 ha wurden von der Regierung den Landlosen zugesprochen. UCIL fordert dieses Land weil die Regierung es ihnen angeblich als GM-Land zugesprochen hat. Den 8 Familien wurden weder Entschädigungen gezahlt, noch bekamen sie Jobs.	Entwickelte Gemeinden für UCIL-Angestellte. Der Damm für Abraum und die Minen sind keinen Kilometer entfernt.
Turamdih	18,8 ha	28 Häuser wurden	§ Dörfer sind in

Talsa	24 ha	planiert, 16 sollen noch planiert werden. Land wurde für den Damm für Abraum genommen.	unmittelbarer Nähe zum Damm. Namentlich sind dies Talsa, Rohindih & Turamdih innerhalb 100m
Banduhurang	6,3 ha	Land wurde für Minen konfisziert.	Damm für Abgänge & Minen sind in einem Radius vom 1km

Banduhurang Project (Tagebau)

Name des planierten Dorfes	enteignetes Land (in acre)	Status	Heimstätte
Banduhurang	42 ha	150 Menschen wurden verdrängt. 31 Häuser wurden niedergerissen.	Kerwadungri, Ridatandi, Landiasai, Khariadih, Dhodanga, Ahargutu befinden sich in der Minenregion. Mehr als 1000 Menschen leben dort.
Kerwadungri	79,6 ha	350 Menschen wurden vertrieben und 75 Häuser zerstört. 75 Menschen wurden Jobs und Unterkünfte gegeben.	

Tabelle Nr.3

Radioaktive Entsorgungsplätze

Jadugora Entsorgungsplatz 1	Das Dorf Chatikocha mit 1000 Einwohnern befindet sich in einem Umkreis von 50 Metern.	
Jadugora Entsorgungsplatz 2	Das Dorf Telaitand ist keine 100 Meter entfernt. Hier leben mehr als 3000 Menschen.	
Jadugora Entsorgungsplatz 3	Die Siedlung Tuwardungri liegt nur 150 Meter von der Entsorgungsstätte entfernt. Mehr als 700 Menschen leben dort.	Planungen sehen vor, alle Entsorgungsdämme in Jadugora durch einen großen Damm mit einer Höhe von mehreren Hundert Fuß zu ersetzen.
Turamdih Entsorgungsplatz 1	Die Dörfer Talsa, Rohindih, Turamdih und Dokodih sind sehr nah am Damm,	

	welcher nur zwischen 50 – 100 m entfernt ist.	
Turamdih Entsorgungsplatz 2	Ein neuer Damm ist geplant, der eine Landfläche von 150 Hektar benötigt. Dadurch werden ca. 3000 Menschen vertrieben.	

Tabelle Nr. 4

Kompensationsbeispiele der betroffenen Menschen des Turamdih und Banduhuran Projektes
- Bargeld / Land für Land / feste Arbeitsstellen

Projekt	Name der betroffenen Person	Job	Kompensation durch Bargeld
Banduhurang Projek	Muniram Mardi Bonj Mardi Sonaram Bodra Majia Majhi Debel Ho Kishun Majhi Arun Majhi Jadu Majhi Putul Ho	keine Jobs	Die Schadensersatzzahlung lag zw. 1429 und 1607 Euro pro acre (= 0,4 ha) Land. Das Land wurde im Jahr 2005 beansprucht. Der marktwert lag 5x höher als das was den Betroffenen ausgezahlt wurde. Keine Kompensation wurden für Bäume, Brunnen, Felder etc. gezahlt.
Turamdih Projekt	Bajol Tudu Balial Hansda Sakla Hansda Gudra Tudu Rahal Baskey Lukna Honhaga Suku Hembrom Lakhan Tudu Khelaram Tudu	no jobs	keine Schadensersatzzahlung

	<p>Kusnu Mardi Premsgar Baskey</p> <p>Kuni Kui Majhi Ho Juri Ho Namsi Kui Dosra Ho Pathor Ho Jengi Kui Rajen Guriya Akash Pareya Lagdu Kui Lakhia Majhi Bagirathi Majhi Naya Majhi</p>		<p>Die Schadensersatzzahlungen lagen zwischen 18 und 19 Euro pro acre. Das Land wurde in den Jahren 1983-84 beansprucht. Der Marktwert zu dieser Zeit war viel höher als der gezahlte Betrag. Keine Kompensationszahlungen gab es für Bäume, Brunnen, Felder etc.</p>
--	--	--	---

Tabelle Nr. 5

Liste der gewaltsam vertriebenen Menschen

Name	versprochener Job	aktueller Status	Ort der Arbeitsstelle
<p>Ajay Samad Subash Patro Denish Pariya Bablu Lugun Dogol Keria Dogol Diggi Rajesh Sardar Durga Guiya Sukra Bansingh Uttam Bansingh</p>	<p>versprochener Job in der UCIL</p>	<p>Arbeit als Vertragsarbeiter in gefährlichem Gebiet</p>	<p>Durchführung von Bohrungen, Sprengungen und Kennzeichnungen im Untertagebau. Aufladen von Erz auf Transportfahrzeuge.</p>

Ajit Samad			
Arun Nayak			
Sardar Diggi			
Mangal Diggi			
Turi Bansingh			

Jeder einzelne Quadratzentimeter des Komplexes ist auf unserem heiligen Land, unseren Reisfeldern, unserem Wald und unseren Häusern gebaut worden. Um Kosten zu sparen, nahm die DAE unsere Reisfelder, während sie unsere Dörfer schonte, damit sie keine Umsiedlung zahlen musste. So wurden wir dazu gezwungen, entweder neben einer Uranmine, einem Damm für Abraum oder neben einer tropfenden Pipeline zu leben, die alle hoch radioaktiv sind. Die wichtige Frage ist:

Würden sie uns dort wohnen lassen wenn wir keine Adivasi wären? Ist das nicht Rassismus?

DAE: „Es gibt keine Radioaktivität in unseren Uranminen“

Mehrere angesehene Organisationen, lokal wie global, national wie international, von Greenpeace International zu Anumukti (http://members.tripod.com/~no_nukes_sa/anumukti.html) bis zu dem Wissenschaftler Dr. Koide von der angesehenen Universität Kyoto in Japan (<http://www.rri.kyoto-u.ac.jp/NSRG/genpatu/india/JADFINAL.pdf>), haben wissenschaftlich die Radioaktivität untersucht und die Folgen der radioaktiven Strahlung für die Bevölkerung und die Biodiversität dokumentiert. Zu all diesen Untersuchungen hat die DAE nur ein einzeiliges Dementi: „Es gibt keine Radioaktivität in unseren Uranminen“. Obwohl es von den Betreibern nicht eingesehen bzw. abgestritten wird, ist I-NIC ein ökologisches Desaster. Dieses Desaster spielt sich in unserer Heimat ab, aber auch in der benachbarten Stadt Jamshedpur. I-NIC befindet sich nur vier Kilometer Luftlinie von Jamshedpur entfernt.

Trotz ihren kriminellen Aktivitäten und falscher Propaganda wird die DAE nicht zur Rechenschaft gezogen, weil sie sich der Unterstützung durch die indische Regierung sicher sein kann. Dies gilt umso mehr nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Indien und der USA, aufgrund dessen der Einfluss der Lieferanten von Atomanlagen (Nuclear Suppliers Group, NSG) noch größer geworden ist. Für uns als zivilgesellschaftliche Organisation gibt es keine weitere Tür mehr, die wir öffnen können, um zu erreichen, dass die DAE uns antwortet.

Traurig ist auch, dass es aus unserer Sicht in der Mehrheit der indischen Bevölkerung sowie unter der wissenschaftlichen Elite des Landes kein Bewusstsein für unsere Probleme gibt, und somit unser

Gebiet auch nicht als radioaktiv verseuchtes Land angesehen wird. Es ist fraglich, ob I-NIC und die Umgebung überhaupt gereinigt werden und ob dieses Land irgendwann wieder sicher für menschliches Leben und biologische Vielfalt gemacht werden können, wenn die DAE und die Öffentlichkeit sich der Realität stellen und die Fakten akzeptieren.

Die JMACC musste dies immer wieder berücksichtigen, als sie eine Strategie gegen die DAE entwickelte. Nachdem wir die DAE als radioaktiven Umweltverschmutzer und als Ursache der menschlichen Misere bloß gestellt hatten, eröffneten wir eine neue Front gegen sie. Seit 2005 stellen wir die DAE als herzlose staatliche Einrichtung dar, der das Schicksal der Adivasi gleichgültig ist. So behauptet die DAE, sie habe uns Schadensersatz geleistet. In Wahrheit hat sie uns betrogen und die Staatsverwaltung wurde unser Makler. Das Kompensationspaket beinhaltete Bargeld, Land für Land, einen permanenten Job in der UCIL und kostenfreie medizinische Behandlung unserer Bevölkerungsgruppe.

Auch hier haben wir der DAE Betrug vorgeworfen. So lud das JMACC das „Center für Bildung & Kommunikation“ sowie die Zeitschrift LABOUR FILE ein, um umfassende Recherchen über die Arbeitsbedingungen im Uranbergbau zu machen (Auszüge aus den Ergebnissen der Recherche befinden sich im Anhang iii).

Eine staatliche Einrichtung sollte der ideale Arbeitgeber sein und verfassungsgemäß handeln. Insbesondere sollte sie die Adivasi schützen (Laut 5. Anhang der indischen Verfassung). Doch der Recherche-Bericht zeigt, wie sehr die Rechte der Bergarbeiter verletzt werden und dass die DAE nicht ein idealer Partner ist, sondern eher ein idealer Betrüger. So geht aus den von uns vorgelegten Daten und Fakten hervor, dass die DAE fast alle Landrechte und verfassungsrechtlichen Bestimmungen Zum Schutz der indigenen Völker verletzt. Auch Konventionen der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) werden missachtet.

Vergiftete Gedanken

Das Thema dieses Treffens ist „Heiliges Land, Vergiftete Gedächtnisse“. Normalerweise ist das Land der Indigenen heilig. Doch mit dem Vormarsch der Industrie, die unser Land verschmutzt, ist unsere Heimat genauso vergiftet worden wie wir Menschen, die darauf leben. Das ist korrekt.

Allerdings möchte ich dieses Verständnis aus der Sicht der Adivasis interpretieren. Für uns ist alles Land heilig, weil es der Erschaffer und Besitzer allen Lebens ist. Indigene Völker sind glücklich genug zu verstehen, was dies heißt und dass unser Leben Teil unserer Spiritualität ist. Uranabbau und andere industrielle Aktivitäten vergiften unser Land genauso wie uns Menschen. Ich möchte Ihnen allen ein

breiteres Verständnis unserer Sichtweise geben. Um zu verstehen, warum Adivasi Land und Leben für heilig halten, muss man unsere Philosophie sowie unser Verständnis von Leben und Tod kennen. Der Tod nimmt uns nicht aus dem Kreis des Lebens weg. Für uns ist der Tod ein Teil des Lebens. Das Motto unserer Organisation „B.I.R.S.A.“ ist, „Wir sind, wir waren und wir werden hier sein.“ Gesehen oder ungesehen werden wir immer ein Teil und Stück des Lebens auf dieser Erde sein.

Für diejenigen, die uns vergiften, stellt sich die Lage anders dar. Vielleicht schaffen sie es, ihre Körper und ihre Gesellschaft frei von Gift zu halten. Aber der Verstand muss schon vergiftet sein, um andere zu vergiften. Können sie es daher schaffen, ihren Verstand frei von Gift zu halten? Wenn ja, sind sie dann nicht die wahren Vergifteten?

Wir Adivasi gehen vom Leben in ein erfüllteres Leben, indem wir die Passage des Todes durchqueren. Wir hoffen, dass wir auf der anderen Seite austreten und ein besseres Leben führen können. Aber diejenigen, die mit einem vergifteten Verstand vom Leben in den Tod gehen ... Was wird mit Ihnen passieren? Ich danke den Organisatoren, dass sie diesen Leitspruch „Heiliges Land & Vergifteter Verstand“ ausgewählt haben, während sie respektvoll zu unserer indigenen Spiritualität und Notlage waren. Aber heute möchte ich Sie auffordern auch zu bedenken, was wir Adivasi unter „vergifteten Menschen“ verstehen. Sollte unser indigenes Denken und unsere Spiritualität akzeptabel sein, sollten wir uns eventuell hinsetzen und unser Bedauern für diejenigen mit vergiftetem Verstand ausdrücken. Jedoch kann unter diesen vielen Menschen eventuell kein Platz für einen vergifteten Verstand sein. Aus diesem Grund kämpfen wir Adivasi aus Jharkhand, die von der DAE vergiftet wurden, nicht nur für Gerechtigkeit, sondern auch dafür, dass diejenigen mit vergiftetem Verstand gereinigt werden von der giftigen Last, die sie tragen.

Wo die Toten sich um das Leben kümmern und die Lebenden dieses Land ist geweiht.

Trotz zwanzig Jahren Kampf haben wir von der DAE in keinem Punkt Gerechtigkeit bekommen. Im Gegenteil: Man hat uns vor Gericht gestellt, in Polizeigewahrsam genommen und ins Gefängnis geworfen; unsere Familien wurden gefoltert und unsere Lebensressourcen zerstört.

Wir haben die DAE bloßgestellt als Bauernfänger und als Organisation, die sich des systematischen Landraubs schuldig gemacht hat. Weiterhin ist die DAE verantwortlich, dass wir in radioaktiven Bergwerken arbeiten müssen, dass uns nie angemessener Schadensersatz gezahlt wurde, dass versprochene Jobs nie gegeben wurden, und dass Milizen und Polizei gegen uns eingesetzt wurden, um uns einzuschüchtern. Auch die Gerichte wurden von ihr bemüht, um uns zu schikanieren und zu

bestrafen. Hierfür wurde die gesamte Staatsmaschinerie gebraucht, wie z.B. administrative, rechtliche, und politische Macht, um uns unsere verfassungsgemäß verbrieften Rechte zu verwehren.

- Wir wissen, dass unser Volk im Kernradius von I-NIC liegt. Diesen Menschen drohen ein früher Tod sowie schmerzhaft und langwierige Krankheit.
- Wir wissen auch, dass das mächtige Indien, das von dieser Ausbeutung profitiert, nicht auf unserer Seite steht.
- Obwohl wir in eine so missliche Lage gekommen sind, dass unsere Totenscheine schon vor der Geburt ausgestellt werden, werden wir niemals unseren Kampf gegen die DAE aufgeben und sie als Tötungsmaschinerie darstellen.
- So werden wir unseren Beitrag zur Geschichte leisten – zur zukünftigen Geschichte einer Welt, die frei von Radioaktivität ist und uns dafür einsetzen, dass alle ein erfülltes Leben haben.

ii. Zusammen mit einem Dossier wichtiger Schriften befinden sich in diesem Anhang einige Dokumente, die erklären, wer wir Adivasi sind. Von diesen werden Ihnen folgende Dokumente am meisten helfen, uns zu verstehen:

1. Das JOHAR Manifest (www.johar.in)
2. Die Erklärung der Nationalversammlung: Wer sind die Barbaren auf unserem Heimatland
3. „What’s happening in Jharkhand today 2010?“ (<http://www.birsa.in/archives/138>)

iii. Vorläufige Fassung des Untersuchungsberichts (FFT) über die Arbeitsbedingungen in der Uranium Corporation of India Limited

12.-14. Juni 2008, Jamshedpur, Jharkhand

Das drei Personen starke Team bestand aus Dr. Ghanshyam Singh (Bürgerrechtler und ehemaliger Vorsitzender des Rates für Mindestlöhne), Dr. R.S. Tiwari (früherer Arbeitsbevollmächtigter, nun beim Zentrum für Bildung und Kommunikation) und Frau Sunila Singh (Menschenrechtlerin von People’s Watch) und sammelte zwischen dem 12. und 14. Juni 2008 Daten über die Arbeitsbedingungen in den UCIL Minen. Sie folgten so den Vorgaben der JMACC, die ihnen das Mandat zu der Untersuchung gab. JMACC konzentrierte sich auf die Beschwerden von 72 Leiharbeitern aus den Turamdih Minen des „Department of Atomic Energy“ (DAE), mit der UCIL als ausführender Organisation.

Um die Studie zu vereinfachen, wurden die folgenden fünf Aspekte besonders intensiv untersucht:

1. Der Landerwerb von Turamdih (wie auch der umliegenden Dörfer), die gemachten und eingehaltenen Versprechen, die geforderte Kompensation und der tatsächlich geleistete Schadensersatz, die Umsiedlung von Dörfern sowie den Einfluss, den die DAE/UCIL und der Staat auf diese Aktivitäten hatten.
2. Die Erforschung der Geschichte des Widerstands der Adivasi-Arbeiter und die Antworten der Gewerkschaften, DAE/UCIL sowie die Rolle des Staates.
3. Untersuchung von Verstößen gegen Arbeits- und Menschenrechte, das Arbeitsrecht, sowie weitere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im Detail, mit Beschwerden und Streitigkeiten und ihr Ausgang.
4. Untersuchung von Vorwürfen, Adivasi-Familien seien belästigt oder eingeschüchtert worden, falsche Versprechungen gemacht worden sowie anderer unfairer Praktiken der DAE/UCIL, the Gesetzesinstitutionen und der staatlichen Behörden.
5. Analyse der Auswirkungen der Radioaktivität auf die Umwelt in diesem Gebiet, Folgen für die Gesundheit der Bergarbeiter und für die Verschmutzung der anliegenden Gebiete unter besonderer Berücksichtigung der Lücken in den Sicherheitsbestimmungen und Sicherheitsstandards.

1. Einführung

Unter den Bewohnern ländlicher Gebiete sowie unter unorganisierten Leiharbeitern in der Region nimmt die Unruhe zu. Arbeiter wurden von der UCIL und der Polizei eingeschüchtert und illegalen Verhaftungen unter Druck gesetzt. Diese Drohungen schürten bei den Adivasi ein Gefühl der Hilflosigkeit, unter dem mehr als Zehntausend Leiharbeiter leiden (die meisten sind Adivasi). Viele zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften drückten ihre Sympathie und Verbundenheit mit den unterdrückten und bedrängten Arbeitern aus. Später konnten die Beschwerden auf höhere administrative Ebenen oder auch in nationale Menschenrechtsorgane getragen werden. Das Ziel des FFT ist es, mehr über das Leben und Leiden der Adivasi zu erfahren.

Das FFT Team kontaktiert folgende Behörden und Personen um ausführliche Nachforschungen anstellen zu können:

- (i) Am 12. Juni 2008 kontaktierte und sprach das Team mit Shri Rajasai Shoren, Vizepräsident, und Shri Raja Ram Singh, Generalsekretär der Uranium Kamgar Union (IFTU) die eine Mitgliederzahl von 1900 regulären Arbeitern hat. FFT sprach ebenfalls mit Phudan Murmu, Präsident der Jharkhand Organization of Struggling Humans (JOSH), eine Menschenrechtsorganisation.
- (ii) Am 13. Juni 2008 traf das Team Shri Ganesh Kumar (Unterabteilungsleiter aus Dhalbhum, Jamshedpur), Mr. R. Gupta (Vorsitzender und Manager), Mr. P. Mohanti (Verwaltungsbeamter) und K.Mahal (Personalchef) von der UCIL.

(iii) FFT traf Bewohner aus dem Dorf Tuar Doongri, das seit 1959/60 aus Vertriebenen besteht. Das Dorf hat eine Einwohnerzahl von 125 mit insgesamt 25 Familien. Dort erkundigte sich das Team zu Themen der Vertreibung und Rehabilitation von mehr als zehn Personen.

(iv) FFT besuchte weiterhin den Ort der *dharna*, wo 72 streikende Leiharbeiter vor den Toren der Turamdih Mine saßen und sprach mit den streikenden Arbeitern.

(v) FFT diskutierte die Themen mit 29 anderen besorgten Anwohnern während des Untersuchungszeitraumes.

2. Arbeitsrechte

(i) Vertreibung und Lebensunterhalt: UCIL hat durch die Staatsregierung Land an neun Stellen beansprucht und enteignet; 48 ha in Banduhurang, 18 ha in Purihasa, 80 ha in Kerwa Dungri, 18 ha in Turamdih, 158,8 ha in Talsa, 87 in Nandup und 4,8 ha in NandupA. Das Team besuchte das Dorf Tuar Doongri und kam mit Bewohnern ins Gespräch. Das Team fand heraus, das Shri Patron und Shri Chotu Urong weder eine Arbeitstelle noch Land für ihre Umsiedlung bekommen haben. Dies sind nur 2 Fälle, es könnten viele mehr sein. Dies ist ein klarer Verstoß gegen die Versprechen, die von der UCIL gemacht wurden, und gegen das aktuelle Wiedereingliederungs- und Siedlungsprogramm, das vom Board of Directors am 26.12.2006 bestätigt wurde. Wir wurden darüber informiert, dass fünf andere Dorfbewohner sich in derselben Situation befinden. FFT beobachtete, dass sich diese Dörfer in unmittelbarer Nähe zur Uran-Abfallstätte befinden und somit alle Bewohner den gefährlichen Strahlungsfolgen ausgesetzt sind. Ansonsten ist das Betreten des Gebiets verboten und gesperrt.

(ii) FFT fand heraus, dass das UCIL Versprechen mindestens einem Familienmitglied einer vertriebenen Familie eine Arbeitstelle zu geben, nicht korrekt umgesetzt. Es wurde berichtet, daß 11 vertriebene Familien aus dem Dorf Urandhi keine Anstellung gefunden haben. Ähnlich wie die 13 Familien in Nandup hat niemand ein Arbeitsangebot der UCIL-Verwaltung bekommen. Fakt ist, dass die Wiedereinsiedlungsprogramme nicht vollständig umgesetzt wurden. Daraus ergibt sich die Frage, wovon die vertriebenen Dorfbewohner leben, die praktisch keine Möglichkeiten für einen nachhaltigen Lebensunterhalt haben. Es wurde veröffentlicht, dass die Schadenersatzzahlung, die den betroffenen Bauern angeboten wurde, unbedeutend war und damit kein alternatives Land gekauft werden konnte. Einige Kompensationsklagen liegen noch dem zuständigen Gericht vor.

(iii) Versicherung und Erfüllung: Obwohl das UCIL-Management den Dorfbewohnern angemessene Kompensation und Arbeitsstellen versprochen hat, wurde dies bislang noch nicht umgesetzt. Auch hat das Management noch nicht sein Versprechen realisiert, Wiedereingliederungspläne zu erstellen. Es

wurde weder Land gegeben, noch wurde die Wiedereingliederung von der Polizei betrieben oder Land von der Staatsregierung zur Verfügung gestellt. Viele Vertriebene wurden als Leiharbeiter aufgenommen, doch bekommen sie nicht Gehälter und Dienstleistungen, die normalen UCIL-Angestellten gewährt werden.

(iv) Arbeitsrecht: FFT hat herausgefunden, dass eine große Anzahl von Leiharbeitern in ganzjährigen Kernproduktionsaktivitäten angestellt sind. Laut „Industrial Disputes Act“ ist dies eine unfaire Behandlung, die darauf abzielt, Leiharbeiter gegenüber normalen Angestellten im Bereich der Gehälter und zustehenden Dienstleistungen zu diskriminieren. Diesen 5000 Leiharbeitern wird weiterhin eine gleiche Bezahlung für die gleiche geleistete Arbeit verwehrt. Dies verstößt gegen Regel 25 (2) (V) (a) der Leiharbeitergesetze (CLRA). In einem Gespräch gab der Management Direktor von UCIL zu, dass eine Angleichung der Gehälter und Dienstleistungen zu Mehrausgaben von 1200 indischen Rupien geführt hätte, was wiederum die Zustimmung des höchsten DAE-Vertreters erfordert hätte. Er ist jedoch der Meinung dass diese hohen Ausgaben die Kapazitäten des Managements überschreiten würden. Die FFT ermittelte, dass die 72 streikenden Arbeiter vor der Turamdih Mine für ihre Arbeitsrechte kämpfen. So wollen sie sich ihr Recht sichern, sich zusammenzuschließen, und ein Recht auf Tarifverhandlungen erkämpfen. Allerdings werden sie täglich vom UCIL Management belästigt und von der Polizei und den Behörden auf unterschiedliche Weise eingeschüchtert. Die Arbeiter kämpfen weiter für ihr Recht auf Regelung, das Recht auf gleiche Gehälter und für die gleichen Dienstleistungen für die gleiche Arbeit. Die DAE/UCIL hat 1992/93 43 Arbeiter eingestellt und 72 weitere auf zukünftige Aufnahme warten lassen. Später wurde im Globalisierungsplan aufgegeben, die Beschäftigten einzustellen. Die Arbeitsbehörde der Zentralregierung hat es immer vermieden, in dem Konflikt zu schlichten. Die FFT musste herausfinden, dass der Funktionär der Arbeitsbehörde der indischen Regierung, der auf lokaler Ebene vom ALC und LEO vertreten wurde, es ablehnte, sich mit dem Team zu treffen und unsensibel dem laufenden Kampf nach mehr Rechten gegenübersteht. Der ALC nahm die Beschwerde der 72 Arbeiter an und hielt Schlichtungsgespräche ab. Später allerdings schloss er den Fall ohne jegliche Benachrichtigung der Regierung, die laut dem ID ACT hätte stattfinden sollen. Die RLC Dhanbad griff mit der Begründung nicht ein, es handele sich bei der Organisation nicht um eine Gewerkschaft. Die Vertreter der lokalen Gewerkschaften trafen sich und benachrichtigten die Öffentlichkeit über die Ungleichheit und drückten ihre Solidarität mit den streikenden Arbeitern der Turamdih-Mine aus. Trotz dieser schwerwiegenden Situation sind die Arbeitsbedingungen in dem Gebiet, die Rolle der Behörden und Organisation weiterhin in kläglicher Verfassung. Arbeitsrechte werden systematisch ignoriert.. Ein Anwalt, Shri Phudan Murmu (Präsident der Jharkhand Organization for Struggling Humans), hat die streikenden Arbeiter kontinuierlich unterstützt, indem er das Thema vor mehreren Behörden und Gerichten erwähnte.

3 A. Menschenrechtsverletzungen

(i) Das Komitee für Wirtschafts-, Sozial-, und Kulturrechte der Vereinten Nationen unterstrich die Notwendigkeit des Schutzes der indigenen Bevölkerung, sozial verarmter Gruppen and Minderheiten und forderte ein adäquates Vorgehen der Vertragsstaaten. Die Umsetzung dieses Aspekts durch die indische Regierung wurde kürzlich als hochgradig inadäquat verurteilt. Das UN-Instrumentarium ist nach Artikel 25 der indischen Verfassung bindend und die Regierung ist verpflichtet, dies verfassungsgemäß umzusetzen. Es gibt mehrere internationale Behörden und Einrichtungen sowie das ILO-Abkommen, die die Regierung zu respektieren und umzusetzen hat. Weiterhin besitzen wir nach den Prinzipien unserer Gesetze und der indischen Verfassung sowie den Arbeitsrechten, ein fundamentales Recht auf einen angemessenen Lebensstandard und das Recht auf Leben. In diesem Kontext musste die FFT herausfinden, dass Adivasi-Arbeitern jegliche Menschenrechtsstandards vorenthalten werden.

(ii) Während der Untersuchung wurde herausgefunden, dass der raue Ton, der vom Management, der Polizei und den Staatsbehörden gegenüber den Arbeitern benutzt wurde, ein Angriff auf deren Würde war. Mehrmals wurden Vertreter der Arbeiter illegal in Polizeigewahrsam genommen. Vielen Arbeitern wurde gedroht und sie wurden gezwungen wurden, Kontakte mit den streikenden Arbeitern zu beenden. Weiterhin wurde von Fällen berichtet, in denen Familien von Arbeitern belästigt wurden, deren Arbeiter Kontakt zu den Streikenden hatten.

3 B. Ein besonderer Fall von illegaler Haft durch die Polizei

Im Zuge der Untersuchungen fand FFT heraus, dass Master Arjun Samad, der nur 17 Jahre alt ist, aber sehr aktiv in der Gewerkschaftsbewegung ist, seit 2005 dreimal illegal in Polizeigewahrsam genommen wurde. Dies geschah, um ihn zum Schweigen zu bringen und seine Moral und sein Selbstbewusstsein zu brechen. Am 31. Juli 2007 wurde Arjun darauf hingewiesen, sich bei der Sundar Nagar Polizeiwache zu melden. Dem Gesuch folgend, suchte Arjun am 1. August 2007 die Sunda Nagar Polizeiwache auf. Später wurde er zur Sid Gora Polizeiwache gebracht und dort in Gewahrsam genommen ohne jegliche Anklagepunkte. Allerdings wurde die Verhaftung von Polizei nicht dokumentiert, aber der Fall wurde von der Beschwerde von Ms. Maya Sore am 4. August 2007 umrissen, er wurde jedoch vom 1. – 5. August in Haft gehalten.

Am 23. Januar 2008 wurde Arjun ohne jede Befugnis nach einer Diskussion zwischen dem Management, der SDO und den streikenden Arbeitern erneut verhaftet. Auf der Sid Gora Polizeiwache wurde er für drei Tage in Haft gelassen. Später musste er sich vor Gericht verantworten und wurde am 26. Januar für 40 Tage in Untersuchungshaft genommen. Das FFT Team stieß auf viele Ungereimtheiten in dem Verhaftungsprozess von Arjun. Am 13 Juni 2008 trafen wir den SDO und

berichtet, was geschehen war. Er empfahl uns, Herrn Ashok Kumar Sharma DGM zu kontaktieren, um die Details zu erfahren. Trotzdem waren wir nicht in der Lage, irgendwelche Akten, den GD oder einen Einsatzbericht der Polizeistation aufzufinden. Während der Zeit im Polizeigewahrsam wurde Arjun kontinuierlich von Sicherheitskräften eingeschüchtert, um ein Geständnis für die Morde an Nirmal Soren und Vinod Sudi zu bekommen. In dieser Angelegenheit wurden die Richtlinien des NHRC, D.K. Basu und JJ Gesetzes nicht eingehalten.

Arjun reichte private Beschwerde bei der NHRC am 26 Januar 2008 ein. NHRC hat den Fall mit der Nr. 1440/34/6/07-08. registriert. In den letzten eineinhalb Jahren hat Arjun mehrere Organisationen, Anwälte u.v.m. durch private Beschwerden bei der ST Kommission kontaktiert und um Unterstützung und Schutz vor der Willkür von Staatsbehörden und der Polizei zu erhalten. FFT untersuchte, ob Vorstrafen gegen Arjun vorliegen und entdeckte, dass er vollkommen unschuldig ist und nicht in anti-sozialen Aktivitäten verwickelt ist. Im Gegensatz: Er ist Menschenrechtler.

4. Umweltschäden im Zuge der radioaktive Verseuchung

Während der Studie wurde entdeckt, dass radioaktiver Müll, der neben das Dorf Tuar Doongri gekippt wurde, dafür verantwortlich ist, dass die Dorfbewohner und die angrenzenden 6 Dörfer ernsten Gesundheitsschäden ausgesetzt werden. Bei den Dörfern handelt es sich um Dungehdih, Tilaitand, Chattikocha, Harijan, Basti imd Birulisai. Diese Siedlungen befinden sich im Umfeld der Abraumdeponie des Uranmülls von UCIL. Im Zuge unserer Nachforschungen fanden wir heraus, dass einige wenige verantwortliche Funktionäre in Daibhum und Jamsehdpur Bedenken geäußert hatten, dass die UCIL Uranmüllhalde und der Uranabbau generell die Umwelt schädigen und die Gesundheit der Bevölkerung beeinträchtigen. Ein Aktivist aus Jharkhand ist überzeugt, dass sich die Umweltschädigung über ein Gebiet von mehr als 1000 Kilometern erstreckt, nachdem er mehrere unveröffentlichte Berichte und Studien dazu gelesen hat. Dieser Aspekt der Umweltschädigungen muss von einer unabhängigen wissenschaftlichen Untersuchung erforscht werden.

5. Schlussfolgerungen

Die FFT fertigte eine detaillierte Studie an und erfuhr durch erste Hand Informationen und Umfragen in den benachbarten Gebiete der Uranminen des Gebietes im allgemeinen und in der Turamdih Mine und den Uranmüllhalden im speziellen, dass den Adivasi jede menschenwürdige Behandlung versagt wird. Ihnen fehlt es an einer Minimalversorgung und sie sind gefährlicher radioaktiver Strahlung schutzlos ausgesetzt. Ihre Arbeitsrechte und Menschenrechte werden systematisch verletzt. Dies gilt besonders für mehr als 4000 Leiharbeiter. Die UCIL nahm 45 Leiharbeiter in den Jahren 1992-1993 auf, aber nach der Einführung eines neuen Wirtschaftsprogramms stellte die Firma mehr Leiharbeiter an und verweigerte den Leiharbeitern alle Arbeitsrechte. Dies schloss auch Rechte mit ein, die das

indische Parlament in Arbeitsgesetzen verabschiedet hat. Das Unternehmen verletzt sogar Menschenrechte. Da Adivasi-Familien vertrieben wurden und ihnen ein menschenwürdiges Leben verweigert wird, macht sich Indien der Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig.

Dr. Ghanshyam N. Singh Dr. R.S. Tiwari Ms. Sunila Singh

Datum: 14. Juni 2008

Ort: Jamshedpur